



Steffen Lehndorff: Gewerkschaften und Transformation
Richard Detje: Galeria Kaufhof – unendliche Geschichte

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Stephanie Odenwald, Claus-Jürgen Göpfert, Ingar Solty, Detlef Umbach, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff



**Forum
Gewerkschaften**

2024 again?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Vor einer Ära der Inflation?

Der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Agustín Carstens, befürchtet den Übergang in eine Ära der Inflation: Die Welt steht »an der Schwelle zu einer neuen inflationären Ära«. [...]

Zur Wahlwiederholung in Berlin

Nicht nur bei Twitter herrscht Chaos, sondern auch in Berlin, das allerdings schon länger. Berlin hat offensichtlich Schwierigkeiten bei der Exekution grundlegender demokratischer Prozesse wie Wahlen. Dies ist schädlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. [...]

Die Zeit für einen Wechsel ist reif

In der Türkei hat der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl Mitte Juni 2023 begonnen. Für die Erdoğan-Regierung, die seit mittlerweile 20 Jahren amtiert, wird es eng. Der Präsident verliert aufgrund der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise und der Strategien der Oppositionsparteien an Boden. Diese schmieden ein Bündnis für die Wahlen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Brücken bauen für das Klima?

Björn Radke: »Auf dem Highway in die Hölle«?
Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27 2

Der Traum von Größe und die harten Realitäten

Ingar Solty: »Alle gegen rechts«? Die USA zwischen rechtsautoritärem Nationalismus, ohnmächtigem Antifaschismus und sozialistischen Politikansätzen 7

Detlef Umbach: Bidens Rettung 13

Hinrich Kuhls: Austeritätspolitik als Markenzeichen der Tory-Regierungen
Vom Traum von Globaler Größe zur Realität der Brexit-Folgen 16

Wolfgang Müller: Stabilität und gemeinsamer Wohlstand
Die KP Chinas hat auf dem 20. Parteitag einige neue Akzente gesetzt 22

Joachim Bischoff: Russlands Ökonomie vor dem Kriegswinter 27

Paradigmenwechsel

Bernhard Müller: Die AfD: vom »gärrigen Haufen« zur rechtsextremen Partei ... 32

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter:
DIE LINKE braucht einen Klassenkompass 36

Stephanie Odenwald: Paradigmenwechsel für die Wirtschaft?
Das ab 2023 wirksame »Gesetz über die unternehmerischen
Sorgfaltspflichten in Lieferketten« 40

Claus-Jürgen Göpfert: Cum Ex: Eine Hydra mit vielen Köpfen. Die Tricks
zur Steuervermeidung schädigten den Staat um bis zu 32 Milliarden Euro 44

Forum Gewerkschaften

Otto König: Tarifpolitik in Inflationszeiten
Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie 47

Steffen Lehndorff: Gewerkschaften als Treiber
der Transformation 50

Richard Detje: Niedergang eines Warenhauskonzerns. Galeria Karstadt Kaufhof
wird vor die Wand gefahren, tausende Arbeitsplätze vernichtet 56

Cosimo-Damiano Quinto/Orhan Akman: Ein neues Kapitel Tarifgeschichte
Der ver.di-Digitalisierungstarifvertrag bei H&M
und das politische Mandat der Gewerkschaften 60

Geburtstagsgrüße

Redaktion Sozialismus.de: Erfahrungen im Zeitalter der Extreme
Der Sozialist, politische Ökonom und Ökologe Klaus Steinitz wurde 90 66

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Crimes of the Future (Filmkritik) 69

Supplement

Hans-Peter Krüger: **Russland-Ukraine: ein doppelter Stellvertreter-Krieg**
Wer übernimmt Verantwortung für dessen Beendigung?

»Auf dem Highway in die Hölle«?

Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27

von ■ Björn Radke



Foto: picture alliance/dpa

Überschattet von mehreren globalen Krisen, wie den Folgen der Covid-Pandemie, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den damit zusammenhängenden Energie- und Ernährungskrisen fand die Weltklimakonferenz COP27 im Badeort Scharm El-Scheich in Ägypten statt. Außenminister Samih Schukri betonte beim Auftakt, aus den zerstörerischen Klimaereignissen in Pakistan, Afrika, Teilen Europas und Amerika müssten Lehren gezogen werden. »Bei Nullsummenspielen wird es keine Gewinner geben.« Drastisch warnte UN-General-

sekretär António Guterres: »Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal«, und rief die Dutzenden Staats- und Regierungschefs zum Handeln auf: »Die Menschheit hat die Wahl: zusammenarbeiten oder untergehen.« Entweder gebe es einen »Klimasolidaritätspakt oder einen kollektiven Selbstmordpakt«.

Nachdem es im Verlauf der Konferenz zunächst nicht so danach aussah, dass die offenen Konfliktpunkte zwischen den Industriestaaten und den armen Staaten des Südens überhaupt zu

einer gemeinsamen Vereinbarung führen könnten, kam es vor dem Scheitern der Konferenz – einen Tag nach dem offiziellen Ende – doch noch zu einer gemeinsamen Absichtserklärung der anwesenden Staaten. Die Delegationen beschlossen einen Fonds zum Ausgleich der Verluste und Schäden (»loss and damage«) durch den Klimawandel. Er soll in Zukunft die Länder unterstützen, die durch die Klimakrise besonders verwundbar sind. In ihrer Abschlusserklärung bekräftigten die rund 200 Staaten am frühen Sonntagmorgen außerdem ihre frühere Entscheidung, schrittweise

aus der Kohle auszusteigen. Ein Ende der anderen fossilen Brennstoffe (Öl und Gas) wird aber nicht angesprochen.

Der neue Entschädigungsfonds soll unabwendbare Folgen der Erderhitzung abfedern – etwa immer häufigere Dürren, Überschwemmungen und Stürme, aber auch der steigende Meeresspiegel und Wüstenbildung. In dem Beschluss werden keine Summen für den neuen Fonds genannt und auch nicht, wer genau einzahlen soll. Es wird offengelassen, ob der Fonds unter dem Dach der UN-Klimarahmenkonvention oder des Pariser Klimaschutzabkommens aufgebaut werden soll. Die Rahmenkonvention orientiert sich an der traditionellen Aufteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das Pariser Abkommen ist hier offener, was theoretisch auch den Weg für Zahlungen durch Schwellenländer wie China frei machen könnte. Begünstigt werden sollen Entwicklungsländer, die besonders gefährdet sind. Außerdem werden die Staaten aufgefordert, ihre größtenteils unzulänglichen Klimaschutzpläne bis spätestens zur nächsten Klimakonferenz nachzubessern. Diese findet Ende 2023 in den Vereinigten Arabischen Emiraten statt. Die Nachbesserungen bleiben freiwillig, eine Verpflichtung gibt es nicht.

UN-Generalsekretär António Guterres nannte den neuen Fonds für Klimaschäden einen wichtigen Schritt in Richtung Gerechtigkeit. »Sicherlich ist das nicht ausreichend, aber es ist ein dringend notwendiges Signal, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.«

Dass die Klimaschäden in Ägypten auf die Agenda kamen, ist ein Fortschritt in der internationalen Diplomatie. Denn die Industrieländer, hatten sich lange geweigert, über Zahlungen für »loss and damage« auch nur zu verhandeln. Festzuhalten ist aber auch, dass es keine gemeinsame Verständigung darüber gab, die globalen Treibhausgasemissionen schnell und radikal zu senken, um den globalen Temperaturanstieg so niedrig wie nur möglich zu halten. Im Abschluss text, dem »Umsetzungsplan von Scharm El-Scheich« findet sich kein verpflichtendes Wort, wie und wann das Ende der fossilen Energien weltweit erreicht werden soll, obwohl sich zahlrei-

che Länder bis zum Schluss dafür eingesetzt haben. Und die Regeln für ein Arbeitsprogramm, das die Industrieländer dazu bringen soll, ihre Klimaziele schnell nachzuschärfen, blieben unbestimmt. UN-Generalsekretär Guterres kam am Ende der COP27 zu der Einschätzung: »Unser Planet ist in der Notaufnahme«, sagte er und ergänzte dann: »Wir müssen die Emissionen drastisch verringern und dies anzugehen, hat die Klimakonferenz versäumt.«

Der Nord-Süd-Konflikt

Bei der Debatte um Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels wurde vor allem vonseiten der EU Druck aufgebaut. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock verwies auf kursierende Vorschläge, vor allem aus den Ländern aus dem Süden, wonach kein Staat in den nächsten zehn Jahren seine Klimaschutzambitionen steigern müsste. Hintergrund ist die Tatsache, dass Öl-, Gas- und Kohleunternehmen neue fossile Ressourcen in 48 afrikanischen Ländern erkunden und erschließen. 89% der neuen LNG-Kapazitäten sind für den Export vorgesehen. Seit 2017 wurden in Afrika laut Bericht¹ 886.000 Quadratkilometer für neue Öl- und Gasexplorationen genehmigt. Von den 45 afrikanischen Ländern, in denen die Öl- und Gasindustrie derzeit nach neuen Ressourcen sucht, sind 18 sogenannte »Frontier-Countries«, d. h. Länder wie Namibia, Uganda oder Somalia, in denen es bisher keine oder nur eine geringe Öl- oder Gasproduktion gegeben hat. Der Großteil der Exploration neuer Öl- und Gasvorkommen in Afrika werde von ausländischen Unternehmen durchgeführt und finanziert, berichten die Autoren. »Jeder Dollar, der für die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen ausgegeben wird, steht im Widerspruch zum 1,5 °C-Pfad, den die Internationale Energieagentur 2021 vorgestellt hat«, sagt Heffa Schücking, Geschäftsführerin von urgewald. Weil Europa dringend neue Gaslieferanten sucht, gibt es plötzlich mehr Geld für die Förderung von Afrikas Erdgasvorkommen. Afrikanische Klimabewegungen warnen vor einer Sackgasse.

Die kenianische Biologin, Gesundheitswissenschaftlerin und Klimaakti-

vistin Wanjira Mathai² wies im Vorfeld der Konferenz auf einen kaum kurzfristig zu lösenden Konflikt hin: »Erhobene Zeigefinger seitens der Industrienationen gegenüber afrikanischen Ländern, die Öl und Gas nutzen wollen, sind unerträglich. Diese Industriestaaten haben ihren Wohlstand auf Öl und Gas aufgebaut. Und sie selbst können keine Klimapolitik vorweisen, die den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad begrenzen würde. Die Welt investiert derzeit immer noch mehr in Öl und Erdgas als in klimaschonende Lösungen. Die Marktsignale, vor allem die aus dem Globalen Norden, deuten also nicht auf die erneuerbaren Quellen, die Industriestaaten Afrika so gern nahelegen.

Hier ist das nächste Problem: Nur zwei Prozent aller globalen Investitionen in erneuerbare Energien finden in Afrika statt. Selbst mit dem größten politischen Willen – ohne Investitionen können afrikanische Länder kein nachhaltiges Stromversorgungsnetz aufbauen. Dazu braucht man eine Partnerschaft, um die Finanzflüsse zu garantieren. Aber zwei Prozent – das ist nicht gerade vertrauensbildend.«

Es ist auf der COP27 nicht gelungen, verbindliche Finanzvereinbarungen zu treffen, bzw. schon vor Jahren beschlossene Zusagen der Industrieländer von jährlich 100 Mrd. US-Dollar an die bedürftigen Länder endlich umzusetzen. Insofern kann der von der EU-Delegation aufgebaute Druck, dem Gipfel den Rücken zu kehren, »wenn wir nicht zu einem Ergebnis kommen, das dem gerecht wird, worauf die Welt wartet – nämlich dass wir etwas gegen die

Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus.de. Er schrieb zuletzt in Heft 11-2022 im Vorfeld der Konferenz zu »COP27 – Klimaziele neu ausrichten«.

¹ Zum UN-Klimagipfel COP27 in Ägypten haben urgewald, Stop EACOP, Oilwatch Africa, Africa Coal Network und 33 weitere afrikanische NGOs den Bericht »Who is Financing Fossil Fuel Expansion in Africa?« veröffentlicht, der 200 Unternehmen identifiziert, die in Afrika nach neuen fossilen Ressourcen suchen, diese bereits erschließen oder neue fossile Infrastruktur wie Flüssigerdgas (LNG)-Terminals, Pipelines oder Gas- und Kohlekraftwerke entwickeln.

² www.zeit.de/kultur/2022-11/wanjira-mathai-afrika-klimawandel-energiearmut/komplettansicht.

Klimakrise unternehmen«, den vorhandenen Vertrauensverlust nicht aufheben. Die Nachricht der EU an ihre Partner sei klar, so der EU-Klimakommissar Frans Timmermans: »Wir können nicht akzeptieren, dass das 1,5-Grad-Ziel hier und heute stirbt.« Die deutsche Außenministerin assistierte: »Dann würde das 1,5-Grad-Ziel hier auf dieser Konferenz sterben. Und da macht die Europäische Union nicht mit.«

Brücken bauen?

Bundeskanzler Olaf Scholz hat auf der Weltklimakonferenz für seine Idee eines globalen Klimaklubs von Ländern mit ehrgeizigen Zielen bei der Bekämpfung der Erderwärmung geworben. Er lud dazu ausdrücklich auch China ein, das rein mengenmäßig weltweit am meisten klimaschädliche Gase ausstößt. »Die Zeit wird knapp. Die nächste industrielle Revolution muss nun starten«, forderte Scholz. Es geht dabei vor allem um den klimafreundlichen Umbau der Industrie. Bei Zweigen wie der Zement- und Stahlproduktion sei das dringend nötig, sagte Scholz. Es müssten gemeinsame Regeln und Standards verabredet werden, damit es angesichts der hohen Investitionen nicht zu Verzerrungen des Wettbewerbs komme. Der Klub soll grundsätzlich offen für alle Länder sein, unabhängig von Größe, wirtschaftlichem Entwicklungsgrad und politischem System. »Große Länder wie Indien und China sind da ganz bedeutsam. Sie werden ja einen großen Anteil der Weltwirtschaft auch in Zukunft ausmachen, sogar einen wachsenden«, sagte Scholz.

Ein Schutzschirm zur Abfederung von Klimarisiken wurde in der zweiten Woche der Klimakonferenz offiziell gegründet. Das Büro dafür soll in Frankfurt am Main entstehen, Deutschland gibt 170 Mio. Euro als Anschubfinanzierung. Die Umweltorganisation Germanwatch lobte die Initiative. Mit den 170 Mio. Euro etablierte sich Deutschland als Vorreiter unter den Industrieländern. Damit sei ein guter Anfang gemacht. »Mit Blick auf die tatsächlichen Schäden und Verluste durch die Klimakrise ist die Summe allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein.« Verschiedene Studien schätzen die Schäden allein in

den Entwicklungsländern bis 2030 auf mehrere Hundert Mrd. Euro pro Jahr. Auch Luisa Neubauer von »Fridays for Future« forderte, reiche Industriestaaten wie Deutschland müssten den armen Ländern Schadensersatz leisten. Leider deutete aber wenig auf eine solche Zusage hin. »Wenn sich das nicht ändert bis zum Ende der Konferenz, wäre das eine Katastrophe.«

Verärgerung bei Klimaschützern löste Scholz in Scharm El-Scheich mit seiner Warnung vor einer »Renaissance der fossilen Energien« und dem damit verbundenen Versprechen aus, dass es diese Renaissance in Deutschland nicht geben werde. Dies sei eine »Täuschung der internationalen Öffentlichkeit«, wenn Scholz gleichzeitig Geld für neue Gasfelder in Afrika bereitstellen wolle, die die Klimakrise anheizen, sagte der geschäftsführende Vorstand von Greenpeace Deutschland, Martin Kaiser. Der Kanzler hatte im Mai dem Senegal Unterstützung bei der Erschließung eines Gasfeldes vor der Küste versprochen. Das kleine Land in Westafrika soll zumindest einen Teil der Lücke füllen, die durch das fehlende Gas aus Russland entstanden ist.

Ausgangslage

Wie aus dem WMO-Bericht zum aktuellen Zustand des Klimas hervorgeht, deuten sich die vergangenen acht Jahre als wärmste der Aufzeichnungen an. Die weltweite Durchschnittstemperatur lag zuletzt schätzungsweise rund 1,15 Grad über dem Durchschnitt der vorindustriellen Zeit. Die Konzentration der wichtigsten Treibhausgase – Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) – hat laut WMO 2021 einen neuen Höchststand erreicht, bei Methan war die Zunahme sogar so groß wie nie. Auch im noch laufenden Jahr stieg die Konzentration aller drei Gase in der Atmosphäre weiter an. »Wir haben so hohe Werte an Kohlendioxid in der Atmosphäre, dass das 1,5-Grad-Ziel kaum noch in Reichweite ist«, hält Generalsekretär Petteri Taalas fest. Je höher die Erderhitzung sei, desto schlimmer würden die Auswirkungen.

Wetterextreme im laufenden Jahr haben der WMO zufolge Millionen Men-

schen betroffen und Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Durch extrem lang anhaltende Dürren im Osten Afrikas waren bis Mitte des Jahres bis zu 19,3 Mio. Menschen von unsicherem oder unzureichendem Zugang zu Nahrungsmitteln betroffen. Die jüngste Flutkatastrophe in Pakistan kostete demnach mindestens 1.700 Menschen das Leben und vertrieb fast acht Mio. Menschen aus ihrer Heimat. Die Weltbank schätzt den wirtschaftlichen Gesamtschaden in Pakistan auf über 30 Mrd. US-Dollar. Der Wiederaufbau wird weitere 16 Mrd. US-Dollar kosten.

Pakistan hat nur 0,3% der weltweiten Emissionen verursacht, muss aber wie Kenia und Somalia buchstäblich für die von anderen Ländern freigesetzten Treibhausgase bezahlen. Hinzu kommt, dass diese Länder nicht die Mittel haben, um für die Schäden, die ihnen zugefügt werden, aufzukommen. Als Deutschland im Jahr 2021 von mächtigen Überschwemmungen heimgesucht wurde, konnte die Regierung sofort 30 Mrd. Euro mobilisieren, um den Wiederaufbau der von der Flut zerstörten Städte und Infrastrukturen zu bezahlen. Pakistan hingegen musste sich auf einen UN-Notruf verlassen, der nur zu 34% finanziert ist. Mosambik war gezwungen, ein IWF-Darlehen aufzunehmen, um den Wiederaufbau nach dem Zyklon Idai im Jahr 2019 zu finanzieren, was das Land weiter in die Schuldenfalle trieb.

Ein neuer Bericht der Loss and Damage Collaboration hat ergeben, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2022 nur sechs Unternehmen, die mit fossilen Brennstoffen arbeiten, genug Geld verdient haben, um die Gesamtkosten extremer Wetter- und Klimaereignisse in Entwicklungsländern auf der ganzen Welt zu decken – und dabei immer noch fast 70 Mrd. US-Dollar (69 Mrd. Euro) an reinem Gewinn übrig haben. Sogar der UN-Generalsekretär hat Steuern auf fossile Energieriesen gefordert, um Zahlungen für Verluste und Schäden zu finanzieren.

Der gesamte afrikanische Kontinent ist für weniger als vier Prozent der historischen globalen Emissionen verantwortlich, doch die Menschen in Afrika tragen die Hauptlast der Klimakrise. Vor

diesem Hintergrund forderte der pakistanische Premierminister Shehbaz Sharif auf der COP27, »loss and damage« – »Verlust und Schäden« – zu einem Kernanliegen auf der Konferenz zu machen. So könnten die dringenden humanitären Bedürfnisse derjenigen befriedigt werden, »die in einer Krise der öffentlichen Finanzierung gefangen sind und die dennoch Klimakatastrophen allein finanzieren müssen«. Es sollte außerdem eindeutig definiert werden, was als Klimafinanzierung gelte. »Der Globale Norden hat die Pflicht, unsere Notlage zu verstehen«, sagte Sharif. Senegals Präsident Macky Sall hat mehr Hilfsgelder für Afrika gefordert, damit sich die zumeist armen Staaten auf dem Kontinent an den Klimawandel anpassen können. Es müssten »ehrgeizige Entscheidungen« dazu fallen, sagte Sall, der auch der Afrikanischen Union vorsitzt. Das aktuelle Ziel von 100 Mrd. US-Dollar Unterstützung pro Jahr für alle Entwicklungsländer weltweit bezeichnete Sall als eine unzureichende »Mindestverpflichtung«.

Allein Afrika benötige jährlich etwa 86 Mrd. US-Dollar, um seine Anpassungsziele zu erreichen. Man könne nicht erwarten, dass die Länder des Kontinents die Mechanismen zur Kli-

maanpassung und zur Senkung ihrer Emissionen selbst durch die Aufnahme hoher Schulden finanzierten, betonte er. Vor allem seien Investitionen in eine klimawandelresistente Agrarwirtschaft notwendig, damit Afrika sich selbst ernähren könne und weniger von Lebensmittelhilfe abhängig sei, so Sall.

Es geht nicht nur um viel Geld

Zu Beginn der COP27 wurde der Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change) veröffentlicht,³ der gemeinsam von den Regierungen Ägyptens und des Vereinigten Königreichs in Auftrag gegeben wurde. Aus diesem geht hervor, dass der Klimawandel sich schneller vollzieht als bisher angenommen, die Auswirkungen und Schäden größer sind als vorhergesehen, und die Zeit für Abhilfemaßnahmen immer knapper wird. Die Tatsache, dass die Zusage der Industrieländer, bis 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitzustellen, auf den aufeinanderfolgenden COPs nicht eingehalten wurde, habe das Vertrauen erschüttert. Die Welt brauche einen Durchbruch und einen neuen Fahrplan für die Klimafinanzierung, mit dem

eine Bio. US-Dollar pro Jahr an externen Finanzmitteln mobilisiert werden kann, die bis 2030 für die Schwellen- und Entwicklungsländer (EMDC) außer China benötigt werden.

Jährliche Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern (außer China) zur Senkung der Emissionen, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und zur Bewältigung der durch die Auswirkungen des Klimawandels verursachten Verluste und Schäden sowie zur Wiederherstellung von Natur und Land sollten bis 2030 mehr als zwei Bio. US-Dollar betragen. Der jährliche Gesamtinvestitionsbedarf der Schwellen- und Entwicklungsländer mit Ausnahme Chinas wird auf eine Bio. US-Dollar im Jahr 2025 und 2,4 Bio. US-Dollar im Jahr 2030 geschätzt.

In dem Bericht wird auch gefordert, dass sich die Zuschüsse und zinsgünstigen Darlehen der Regierungen der Industrieländer von heute 30 Mrd. US-

³ Der Bericht »Finance for climate action: scaling up investment for climate and development« wurde von der unabhängigen hochrangigen Expertengruppe für Klimafinanzierung unter dem gemeinsamen Vorsitz von Dr. Vera Songwe und Professor Lord Nicholas Stern auf Ersuchen der ägyptischen Präsidentschaft der COP27 und der britischen Präsidentschaft der COP26 erstellt.

»Verlage schlagen wegen Kosten Alarm«

Auf der Frankfurter Buchmesse war die Krise des Buchmarkts ein zentrales Thema. Sie bedrohe – so die Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Karin Schmidt-Friderichs – die Vielfalt der Literatur und damit auch literarische und politische Standpunkte. Die FAZ titelte ihren Bericht »Verlage schlagen wegen der Kosten Alarm«. Auch der VSA: Verlag und die Zeitschrift Sozialismus.de sind als kleine unabhängige Projekte von der immer größer werdenden Schere zwischen einer Explosion der Druckpreise und sonstiger Kosten bei einer zugleich erheblichen Einschnürung der Nachfrage aufgrund steigender Lebenshaltungskosten massiv betroffen.

Deshalb brauchen wir weiter eure Hilfe: Kauft VSA: Bücher, helft uns, neue Abonnent*innen zu gewinnen. Und wir bitten die Leser*innen, unser politisches Projekt zusätzlich durch Spenden zu unterstützen. Wir können unsere Informationsarbeit nur mit eurer Solidarität fortsetzen.

Spendenkonto: Sozialistische Studiengruppe e.V./Redaktion Sozialismus
IBAN: DE63 4306 0967 2046 2368 00 | BIC GENODEM1GLS

Weitere Informationen zur Lage auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt und die Möglichkeiten der Unterstützung haben wir auf www.vsa-verlag.de bzw. www.Sozialismus.de zusammengestellt.

Dollar jährlich bis 2025 auf 60 Mrd. US-Dollar verdoppeln. Diese Finanzierungsquellen sind für Schwellen- und Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung, um Maßnahmen zur Wiederherstellung von Land und Natur sowie zum Schutz vor und zur Bewältigung von Verlusten und Schäden durch die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen.

In dem Bericht werden mehrere Schlüsselanforderungen genannt, um das erforderliche Investitionsniveau zu erreichen:

- **Beschleunigung der Investitionen:** Rasche Durchführung von Investitionsprojekten in großem Umfang.
- **Mobilisierung privater Finanzmittel in großem Umfang:** Der Privatsektor muss den größten Beitrag zur Finanzierung leisten, sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland.
- **Umgestaltung der Rolle der MDBs:** Verstärktes Engagement und Verdreifachung der jährlichen Mittelzuflüsse der MDBs und anderer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen in den nächsten fünf Jahren.
- **Nutzung und Ausweitung der konzessionären Finanzierung:** Verdoppelung der konzessionären Finanzmittel aus den Industrieländern bis 2025 gegenüber dem Stand von 2019 sowie starke Ausweitung des Umfangs kostengünstiger Finanzmittel durch innovative Methoden (einschließlich Sonderziehungsrechte, freiwillige Kohlenstoffmärkte, Philanthropie und Garantien ähnlich denen der Internationalen Finanzierungsfazilität für Bildung).
- **Bewältigung der Verschuldung:** Lösung der Schulden- und Liquiditätsprobleme, mit denen viele Länder konfrontiert sind.

Der Bericht stellt weiter fest: »Etwa die Hälfte der erforderlichen Finanzmittel dürfte aus lokalen Quellen stammen, und zwar aus der Stärkung der inländischen öffentlichen Finanzen und der inländischen Kapitalmärkte, einschließlich der Erschließung großer lokaler Finanzpools, die nationale Entwicklungsbanken mobilisieren können. Die Stärkung der Steuererhebung und der Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe werden wichtig sein, zum

einen wegen des frei werdenden Haushaltsspielraums und zum anderen wegen der Verbesserung der Anreize für private Investitionen, die durch die Anwendung von Instrumenten wie einer Kohlenstoffsteuer geschaffen werden.«

Insofern darf die Tatsache, dass die COP-Teilnehmerstaaten das Thema der Finanzierung von klimabedingten Schäden und Verlusten erstmals auf die offizielle Tagesordnung genommen haben, als ein Zwischenschritt gewertet werden. Die Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt, Jennifer Morgan, sprach von einem »wichtigen Schritt« zum Auftakt. Er zeige die Bereitschaft der Staaten, »bei der Bewältigung der Klimakrise zusammenzuarbeiten«. Nun am Ende COP ist festzuhalten: Die Ergebnisse zur Klimafinanzierung fallen deutlich hinter die Bedürfnisse der Länder des Globalen Südens zurück. Die Industrieländer inklusive der EU haben sowohl einen Fahrplan für die versprochene Verdoppelung der Anpassungsfinanzierung an ärmere Länder als auch einen Ausgleich für die verspätete Erreichung des 100-Milliarden-Ziels zur Klimafinanzierung verhindert. Da dieses Ziel wohl frühestens 2023, anstatt wie versprochen 2020, erreicht wird, hätten sich die Industrieländer zumindest dazu bekennen müssen, diese Lücke anzugehen.

Viviane Raddatz vom WWF Deutschland erklärte, Bundeskanzler Scholz distanzieren sich zwar von einer »Renaissance« fossiler Energien – doch habe Deutschland diese Entwicklung mit Bemühungen um neue Gasquellen zum großen Teil selbst ausgelöst. Auch der politische Geschäftsführer von Germanwatch, Christoph Bals, sagte, an seinem Versprechen zum Ausstieg aus den fossilen Energien müsse sich Scholz ab jetzt messen lassen. »Er muss den Weg frei machen für einen Prüfprozess, der genau dies sicherstellt.« Der kurzfristig notwendige Ersatz von russischem Gas müsse so organisiert werden, dass er mit den Klimazielen vereinbar sei.

Danach sieht es aber nach Einschätzung der Wissenschaft nicht aus: Nur zwei Tage vor dem Start der Beratungen in Ägypten hatte der unabhängige Expertenrat die deutschen Klima-

schutzbemühungen als unzureichend abgewatscht – auch wenn die um Nüchternheit bemühten Fachleute das nie so formulieren würden. Ihr Fazit: Unwahrscheinlich, dass Deutschland sein Ziel, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65% im Vergleich zu 1990 zu senken, noch schaffen kann.

Was bleibt?

Vor fünf Jahren hat der Weltklimarat IPCC in einem Sonderbericht eindrücklich beschrieben, was uns erwartet, wenn die globale Durchschnittstemperatur über die 1,5-Grad-Schwelle steigt: drastische Ernteeinbußen, Armut für Millionen von Menschen, Arktiseis- und Gletscherschmelze, untergehende Inseln, Korallen- und Fischsterben. Jeder Zehntelgrad, um den sich der Planet weiter erwärmt, tötet Menschen und Tiere. Doch immer noch steuern wir auf die 2,7 Grad zu, und kein Land der Erde befindet sich derzeit auf einem 1,5-Grad-Kurs. Der Gipfel von Scharm El-Scheich ändert daran zunächst einmal nichts.

Der Krieg in der Ukraine und die globale Energiekrise verschafften jenen Delegationen Schwung, die versuchten, Öl, Kohle und Gas ein Comeback zu verschaffen. Am Ende wurde das verhindert, aber ein dringend notwendiger Fortschritt für den Klimaschutz war nicht erreichbar. Dass die Industriestaaten ihr früheres Versprechen, von 2020 an jährlich 100 Mrd. US-Dollar an Klimafinanzierung bereitzustellen, bis heute Jahr für Jahr von Neuem brechen, trug nicht zur weltweiten Vertrauensbildung bei. Dass die COP27 nicht vollends gescheitert ist, zeigt auch, dass die Wirksamkeit der großen Konferenzen angesichts der sich weltweit zeigenden diversen Konflikte derzeit eher begrenzt ist. Immerhin bleibt es bei der Wegmarke, den 1,5-Grad-Pfad nicht zu verlassen. Doch eine Alternative gibt es nicht. Die COPs sind das einzige Forum, in dem sich alle Staaten der Welt über ihr Vorgehen gegen die Klimakrise verständigen können, und das einzige Treffen, auf dem die Klimapolitik aller Länder in der Öffentlichkeit steht. Ohne die COPs ginge es noch viel langsamer voran.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

